



FRAGE

Die Bundesregierung will zum 1.1.2011 die Krankenkassenbeiträge von 14,9 auf 15,5 Prozent anheben. Zudem soll die Begrenzung des Zusatzbeitrags von einem Prozent des Einkommens künftig wegfallen. In Härtefällen greift dabei eine Ausgleichsklausel.

Halten Sie die Anhebung der Beitragssätze sowie die Freigabe des Zusatzbeitrags angesichts des erwarteten Defizits bei den Krankenkassen für richtig?

Dr. Hans-Joachim Haß Abteilungsleiter Wirtschaftspolitik, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.:

Das Gesundheitssystem müsste grundlegend reformiert werden, einfach mehr Geld in ein marodes System zu pumpen, ist sinnlos.

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Wir haben ein Ausgabenstrukturproblem – kein Einnahmenproblem!

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Besser wäre eine drastische Beschneidung des Leistungskatalogs.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Da die sinnvollere Gesundheitsprämie mit sozialem Ausgleich wegen des Widerstands von Bayern offenbar nicht eingeführt werden kann, ist die jetzige Lösung die zweitbeste. Man bleibt im System des Gesundheitsfonds, der der früheren Welt der kassenindividuellen Beitragssätze deutlich überlegen ist, und erhöht den Beitragssatz zum Fonds (=Gesundheitssteuer). Damit vermeidet man höhere Zusatzbeiträge und einen damit verbundenen Sozialausgleich. Insofern erübrigt sich mit dem höheren Beitragssatz die Debatte um einen Sozialausgleich für die Zusatzprämien. Positiv zu bewerten ist, dass der maximale Zusatzbeitrag nun 2% des Einkommens statt bisher nur 1% betragen darf.

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Der rein einnahmenseitige Ausgleich des Defizits vernichtet jeden Anreiz zur Verbesserung der Effizienz des Systems.

Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Weiter reichende Reformen (Kopfpauschale), die ökonomisch eindeutig vorteilhaft wären, sind politisch derzeit ohne jegliche Realisierungschancen. Die entsprechende Weiterentwicklung des Zusatzbeitrags geht in die richtige Richtung.

Dr. Marco Bargel Chefvolkswirt, Postbank AG:

Die Beitragsanhebung muss mit einer grundlegenden Reform der GKV verknüpft werden, da ansonsten weitere Kostensteigerungen drohen.



Prof. Dr. Justus Haucap Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Wettbewerbstheorie und -politik und Gründungsdirektor, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

Das ist eine Maßnahme, die nur kurzfristig Linderung verschafft, aber nichts an den prinzipiellen Problemen ändert.

Mathias Brehe Referent Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Obgleich eine Beitragserhöhung beim Verharren in den „alten Strukturen“ unumgänglich scheint, muss sie abgelehnt werden. Erneut wurde mit dem „Herumdoktern“ am System eine Chance vertan, das deutsche Gesundheitswesen umfassend strukturell zu reformieren.

Volker Hofmann Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Das erhebliche Effizienzpotenzial wurde nicht erschlossen. Hierfür sind grundlegende Strukturreformen erforderlich. Aber auch „kleinste“ Änderungen mit positiven Steuerungselementen (z. B. Selbstbeteiligung bei jedem Arztbesuch statt der „Praxisgebühr“) wurden nicht umgesetzt. Es besteht die konkrete Gefahr, dass die Finanzierung des Gesundheitssystems noch unübersichtlicher wird und die Effizienzverluste zunehmen.

Dr. Ralph Wiechers Chefvolkswirt - Abteilungsleiter Volkswirtschaft und Statistik, VDMA:

Der Beitragssatz konnte bereits im letzten Jahr nur deshalb stabil gehalten werden, weil der Staat massiv aus Steuergeldern zugeschossen hat. Das ist - bei aller berechtigten Kritik am Finanzierungsmodell der GKV - nicht mehr leistbar.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Kurzfristig gab es wohl keine andere Möglichkeit. Allerdings hätte der Arbeitgeberbeitrag nicht angehoben werden sollen, um den Arbeitsmarkt nicht unnötig zu belasten. Das ist auch keineswegs ungerecht, denn die Leistungen aus der GKV erhalten ja schließlich die Versicherten und nicht ihre Arbeitgeber. Es fehlt leider jede Perspektive für eine Strukturreform. Diese müsste zum Ziel haben, alle Einkommen und nicht nur das Arbeitsentgelt für den Solidarausgleich heranzuziehen. Den Wachstumseffekt kann niemand sicher beantworten, schon gar nicht aus dem Bauch heraus. Zudem ist das nicht die entscheidende Frage, viel wichtiger sind die langfristigen Effizienz- und Verteilungswirkungen einer Gesundheitsreform. Hier sehe ich derzeit keinerlei Fortschritt, die Flickschusterei vergangener Jahre wird leider auch von schwarz-gelb fortgeführt.

Prof. Dr. Claus Schnabel Lehrstuhl für Arbeitsmarkt- und Regionalpolitik, Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg:

Nicht richtig, aber angesichts mangelnder Spar- und Reformbemühungen unvermeidbar.

Alexander Koch Volkswirt, UniCredit Group:

Stattdessen wären Strukturreformen notwendig.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Damit wird kein Problem gelöst und einfach nur mehr Geld ins System gepumpt. Eine Reform sieht anders aus.



Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Nach dem langen Streit in der Koalition ist diese Lösung enttäuschend. Die Abkoppelung der GKV-Beiträge von den Lohnnebenkosten und die Ausweitung des Sozialausgleichs auf alle Steuerzahler, nicht nur die Beitragszahler, hätten deutlich stärker ausfallen müssen. Da darüber keine Einigung herzustellen war, führt an der Beitragserhöhung kein Weg vorbei. Daneben gibt es immerhin Trippelschritte in die richtige Richtung.

Dr. Klaus Schrüfer Leiter Investment Strategy, SEB AG Portfolio Management:

Es handelt sich hier um die Schließung einer Finanzierungslücke, weil die Ausgaben im Gesundheitswesen aus verschiedenen Gründen deutlich schneller steigen als die Einnahmen. Eine wirkliche Reform steht aus.

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt Präsident, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI):

Wahrscheinlich lassen sich die Defizite der Krankenkassen anders nicht kurzfristig beheben. Allerdings sollten die Bemühungen verstärkt werden, Effizienzreserven im Gesundheitssystem zu heben.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Es ist dies die zweitbeste Lösung, nachdem die bessere - der Systemwechsel hin zu einem Gesundheits-Prämienmodell - in der Koalitionsregierung nicht konsensfähig war. Problematisch ist, dass wesentliche Defekte bei der Finanzierung des bisherigen Systems erhalten bleiben: die ausgabenorientierte Einnahmenpolitik und die Koppelung der Beiträge an das Arbeitseinkommen. Ob die Freigabe der Zusatzbeiträge zu einem wirksamen Leistungswettbewerb zwischen den Krankenkassen führt, ist alles andere als sicher. Insofern ist nach der Reform vor der Reform.

Dr. Roland Döhrn Leiter des Kompetenzbereichs „Wachstum und Konjunktur“, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Die Defizite der Krankenkassen auf andere Weise zu beheben, wäre kurzfristig wahrscheinlich nicht möglich gewesen. Allerdings gehen die Bemühungen, Effizienzreserven im Gesundheitssystem zu heben, nicht weit genug. Der Zusatzbeitrag ist ein Instrument, um den Wettbewerb zwischen den Kassen zu stärken.

Dr. Holger Schmieding Chefvolkswirt, Bank of America:

Höhere Beiträge verringern den Beschäftigungszuwachs. Sie sind die schlechtestmögliche Art, ein Finanzloch in der Krankenversicherung zu stopfen.

Stefan Maly Analyst, Cortal Consors S. A.:

Beide Maßnahmen sind unausgegoren. Mit der Beitragserhöhung bleibt die Frage offen, ob das Gesundheitssystem besser organisiert werden könnte. Langfristig werden die Kernfragen der Finanzierbarkeit nicht beantwortet, wenn man von der Möglichkeit stetiger Beitragserhöhungen absieht. Die Änderung bei den Zusatzbeiträgen ist ein sehr halbherziger Einstieg in die durchaus zu befürwortende Kopfpauschale.

Wolfgang Pflüger Chef-Volkswirt, Berenberg Bank:

Die Reform ändert nichts an den System immanenten Fehlsteuerungen.



Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Die Bundesregierung hätte die Kraft für eine Strukturreform in der Krankenversicherung finden müssen; allerdings ist der Wegfall der Begrenzung (und die Festschreibung des Arbeitgeberbeitrages) ein Schritt in die richtige Richtung: die Finanzierung des Zukunftsmarktes „Gesundheit“ von den Arbeitskosten lösen.

Prof. Dr. Ansgar Belke Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Angesichts stetig steigender Kosten im Gesundheitswesen, ist es nur eine logische Konsequenz, dass diese Kosten von den Beitragszahlern aufgefangen werden. Allerdings ist dies nur eine verkürzte Sichtweise. Den Kosten muss man immer auch die Leistung gegenüberstellen. So leben die Menschen im Durchschnitt immer länger und aufgrund des medizinischen und technischen Fortschritts sind teure Behandlungsmethoden mittlerweile für eine Vielzahl von Patienten möglich.

Prof. Dr. Friedrich Breyer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialpolitik, Universität Konstanz:

Die Absenkung von 15,5 auf 14,9% wurde aus Steuermitteln (Konjunkturpaket) finanziert. Dies konnte nicht ewig so weitergehen. Auch die Freigabe des Zusatzbeitrags ist im Prinzip richtig, weil sie den Kassenwettbewerb stärken wird. Nicht richtig ist die Beschränkung der Beitragspflicht auf Mitglieder anstelle aller erwachsenen Versicherten.

Prof. Dr. Spiridon Paraskewopoulos Lehrstuhl für Makroökonomik und Leiter des Instituts für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Leipzig:

Bevor man, je nach Bedarf, solche Veränderungen vornimmt, sollte man vorher die grundsätzliche politische Frage nach der Art der gesetzlichen Krankenversicherung klären. Entscheidet man sich politisch für eine echte Krankenversicherung, dann ist ökonomisch erforderlich, dass man permanent die Krankenkassenbeiträge an die Entwicklung der Kosten anpasst. Diese politische Ansicht scheint die gegenwärtige Regierung zu haben, insofern ist es ökonomisch richtig, das erwartete Defizit via Anhebung der Beitragssätze zu beheben. Ist man allerdings der Auffassung, was bisher im Rahmen einer Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland konsensfähig war, dass die gesetzliche Krankenversicherung eine solidarische Versicherung ist, dann wäre die systemkonforme Finanzierungslösung der Krankenversicherung (übrigens auch eine echte Reform) die vollständige Heranziehung aller Einkommensarten der Versicherten. Dann wäre keine Anhebung der Beitragssätze notwendig. Eine Senkung wäre sogar möglich.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Das Defizit ist wahrscheinlich überschätzt. Wegen der guten Entwicklung am Arbeitsmarkt und der daraus resultierenden besseren Einkommensentwicklung dürften die Einnahmen der Kassen besser als erwartet ausfallen. Im übrigen sollten bei den Ausgaben im Gesundheitswesen Einsparungen vorgenommen werden.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Wir sollten uns endlich einmal davon freimachen, Gesundheitskosten auf Dauer sozialisieren zu können. Die Überalterung der Gesellschaft wird zu weiteren schmerzhaften Reformen führen. Seit Jahrzehnten ist das System auf der Intensivstation, es wird langsam mal Zeit, es auf gesunde Beine zu stellen.

FRAGE



Die Bundesregierung streitet über eine mögliche Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke. Halten Sie aus volkswirtschaftlicher Sicht eine Verlängerung für richtig?

Prof. Dr. Justus Haucap Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Wettbewerbstheorie und -politik und Gründungsdirektor, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

Die Kosten für die Erreichung der Klimaziele (-40% CO₂ bis 2020 lt. Koalitionsvertrag) werden sonst so enorm sein, dass sie die Wettbewerbsfähigkeit einer deutscher Wirtschaftszweige gefährden.

Mathias Brehe Referent Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Das Abschalten von Atomkraftwerke, die den geltenden Sicherheitsanforderungen genügen, ist ökonomisch betrachtet abzulehnen. Ökonomische und politische Vernunft sind allerdings nicht immer deckungsgleich.

Dr. Ralph Wiechers Chefvolkswirt - Abteilungsleiter Volkswirtschaft und Statistik, VDMA:

Es mangelt nach wie vor an einem stimmigen Gesamtkonzept für die Energieversorgung.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Der Bevölkerung wird eingeredet, regenerative Energiequellen könnten in absehbarer Zeit nennenswerte Anteile der Energieversorgung sicherstellen. Das ist aber unrealistisch bzw. wäre nur mit gigantischen Subventionen möglich. Es ist geradezu Irrsinn, den Gleitschirm (herkömmlicher Energiequellen) wegzuworfen, wenn noch kein Boden in Sicht ist.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Es verschiebt nur den notwendigen Umbau in Richtung erneuerbare Energien; und es gibt weiterhin mehr Monopolrenten für die 4 Energieriesen.

Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Der Streit über diese Frage ist richtig. Die Abwägung zwischen mittel- bis langfristiger Energiesicherheit, Reduktion der CO₂-Emissionen und Fragen der Betriebsgefahren von Atomkraftwerken und der Endlagerung von Atommüll ist enorm schwierig. Die politischen Positionen dazu beruhen überwiegend auf Vorfestlegungen. Zuerst müssen dazu mehr Fakten und Szenarien auf den Tisch.

Dr. Klaus Schrüfer Leiter Investment Strategy, SEB AG Portfolio Management:

Bei der Endlagerung steht nach wie vor eine Lösung aus. Zudem wird dadurch der Anreiz zu einem stärkeren Energiesparen und dem Ausbau alternativer Energien reduziert.

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt Präsident, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI):

Momentan sind alternative Technologien noch nicht wettbewerbsfähig, mit denen man die Einsparziele beim CO₂ erreichen könnte.



Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Durch Diversifizierung der Energiequellen kann die Versorgungssicherheit erhöht werden. Außerdem wird die Verwundbarkeit bei neuen Ölpreischocks eingedämmt. Volkswirtschaftlich vorteilhaft ist auch, dass der Atomstrom mit den bestehenden Anlagen billiger produziert werden kann als Strom aus Kohlkraftwerken oder erneuerbaren Energiequellen. Andere Länder planen bereits den Bau neuer Kernkraftwerke. Ein nationaler Alleingang zur Stilllegung von Kernkraftanlagen verringert mitnichten die von den Gegnern der Nuklearenergie betonten Gefahren der Verstrahlung, wie man seit dem Tschernobyl-Reaktorunfall im Jahre 1986 wissen sollte.

Dr. Roland Döhrn Leiter des Kompetenzbereichs „Wachstum und Konjunktur“, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Alternative Technologien, die die Einsparziele bei CO₂ erreichen lassen, sind noch nicht wettbewerbsfähig.

Stefan Maly Analyst, Cortal Consors S. A.:

Die Kernkraft stellt weiterhin eine sichere und sehr kostengünstige Energiequelle dar. Eine Laufzeitverlängerung für die Kraftwerke kann somit einen Wettbewerbsvorteil auf der Kostenseite bringen.

Wolfgang Pflüger Chef-Volkswirt, Berenberg Bank:

In Kombination mit einer Sonderbesteuerung der zusätzlichen Gewinne kann der Übergang zu CO₂-neutralen Energieträgern beschleunigt werden.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Die deutschen Kraftwerke erfüllen höchste Sicherheitsstandards und wir können auf diesem Weg die Klimaziele eher erreichen - die CO₂-freien Alternativen sind alles in allem noch nicht so weit.

Dr. Volker Treier Chefvolkswirt, DIHK:

Nur mit einem breiten Energiemix kann Klimaschutz gelingen, ohne durch einseitig hohe Kostenbelastung die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Unternehmen zu gefährden. Die Laufzeitverkürzung für Kernkraftwerke muss daher zurückgenommen werden.

Prof. Dr. Ansgar Belke Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Eine Studie des Umweltbundesamtes kommt zu dem Ergebnis, dass bis zum Jahr 2050 der deutsche Energiebedarf durch erneuerbare Energien gedeckt werden kann. Dementsprechend muss man darüber nachdenken, wie die Zeit bis dahin überbrückt werden kann. Sofern die deutschen Atomkraftwerke auch über die nächsten 15 oder 20 Jahre als sicher eingestuft werden können, sollte man diese als Brückentechnologie nutzen. Aus ökologischer Sicht ist allerdings zu bedenken, dass die Frage nach der Endlagerung immer noch nicht beantwortet ist.

Prof. Dr. Peter Oberender ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

Es ist zweckmäßig, um so eine unabhängige Position gegenüber den Monopolisten von Gas und Öl zu erreichen.



Prof. Dr. Friedrich Breyer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialpolitik, Universität Konstanz:

Ohne Atomkraft können derzeit keine großen Erfolge im Klimaschutz erzielt werden.

Prof. Dr. Spiridon Paraskewopoulos Lehrstuhl für Makroökonomik und Leiter des Instituts für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Leipzig:

Erwartet man dadurch, dass mittelfristig die Energiekosten nicht erhöht werden, dann hat dies möglicherweise einen positiven Wachstumseffekt. Insofern ist volkswirtschaftlich eine Verlängerung der Laufzeiten zu bejahen. Belastet man allerdings die Atomkraftwerke, wie es die Bundesregierung plant, mit zusätzlichen Entsorgungsabgaben, dann könnte eventuell der erwartete Wachstumseffekt und damit die volkswirtschaftlichen Vorteile eliminiert werden.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Eine Verlängerung der Laufzeiten brächte ökonomische Vorteile und diese CO²-frei.

Dr. Manfred Schveren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Die Problematik fossiler Energien wird uns durch die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko wieder einmal drastisch vor Augen geführt. Es müssen Alternativen her, leider dauert eine Änderung des Energiemixes einige Jahrzehnte. Wir brauchen daher aus Gründen der Versorgungssicherheit unsere Atomkraftwerke noch für eine Zeit.

FRAGE

Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft drängen auf höhere Hinzuverdienstgrenzen für Hartz-IV-Empfänger. Danach sollen sie grundsätzlich 40 Prozent ihres Arbeitslohns als Zusatzeinkommen behalten dürfen, sofern der Verdienst zwischen 200 und 800 Euro liegt, bei höheren Zusatzeinkommen soll die Schwelle der Beträge, die von der Anrechnung auf Hartz IV-Leistungen ausgenommen werden, stufenweise sinken. Sollte die Bundesregierung die Hinzuverdienstgrenzen anheben?

Dr. Hans-Joachim Haß Abteilungsleiter Wirtschaftspolitik, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.:

Dies würde die Anreize zur Arbeitsaufnahme signifikant erhöhen.

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Nein, denn Hartz IV ist bedürftigkeitsgeprüfte Sozialhilfe für Erwerbsfähige.

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Dies erhöht Anreiz zum produktiven Arbeiten.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Welcher Hartz-IV-Empfänger sollte legal etwas hinzuverdienen wollen, wenn er vom Hinzuverdienst kaum etwas für sich behalten kann?



Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Die weiterhin bestehenden Negativanreize beim Übergang in niedrig bezahlte Beschäftigungen ist eine von den Hartz-Gesetzen nicht ernsthaft adressierte Schwachstelle des deutschen Sozial- und Beschäftigungssystems.

Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Die Kombination von Hartz IV mit geringfügiger Beschäftigung und - realistischerweise - Schwarzarbeit darf nicht zu attraktiv ausgestaltet werden. Sonst sinken die Anreize für die Suche nach einer regulären Vollzeit-Stelle.

Dr. Marco Bargel Chefvolkswirt, Postbank AG:

Die Anhebung der Hinzuverdienstgrenzen schafft einen wichtigen Anreiz zur Arbeitsaufnahme.

Mathias Brehe Referent Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Arbeitsanreize sind generell begrüßenswert. Eine Besserstellung von Hilfeempfängern gegenüber normalen Beschäftigten muss jedoch vermieden werden.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Das würde nur noch mehr Haushalte in Hartz IV treiben, da sie sich dabei besser stehen als mit regulärer Vollzeitarbeit. Die bessere Alternative sind workfare-Ansätze, bei denen jeder Hartz-IV-Empfänger im Rahmen seiner Möglichkeiten auch ohne Zusatzlohn arbeiten muss. Bei intelligenter Ausgestaltung können das auch Arbeitsplätze in der regulären Wirtschaft sein, statt dieser mit 1-Euro-Jobs auch noch Konkurrenz zu machen.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Eine solche Anhebung erhöht die Anreize zu arbeiten.

Alexander Koch Volkswirt, UniCredit Group:

Sowohl aus sozialer (Hinzuverdienst) als auch ökonomischer Sicht (Anreizwirkung für Arbeitsaufnahme) wäre eine Anhebung wünschenswert.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Auch für Arme sollten die Grenzsteuersätze geringer sein. Im Augenblick haben sie die höchsten Grenzsteuersätze.

Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Es gibt mittlerweile eine beeindruckende Zahl von „Aufstockern“, die immerhin einen Teil ihres Bedarfs durch eigenes Erwerbseinkommen decken. Die meisten arbeiten allerdings nur in Minijobs oder mit geringer Teilzeit, weil sich ein höherer Hinzuverdienst derzeit nicht lohnt. Eine Transferentzugsrate von „nur“ 60% bis 800 Euro ist wahrscheinlich nicht finanzierbar, zudem dehnt



sie den Transferentzugsbereich zu weit aus. Aber es wäre auf jeden Fall sinnvoll, Verdienste oberhalb der Mini- und Midijob-Schwellen gezielt zu begünstigen.

Dr. Klaus Schrüfer Leiter Investment Strategy, SEB AG Portfolio Management:

Im Steuersystem gibt es bereits zu viele Ausnahmen. Diese sollten nicht weiter ausgebaut, sondern vielmehr reduziert werden.

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt Präsident, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI):

Mit der derzeitigen Regelung hat Hartz IV seine Funktion als Brücke in den regulären Arbeitsmarkt nicht ausreichend erfüllen können. Eine großzügigere Regelung könnte helfen, dieses Ziel besser als bisher zu erreichen.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Der Vorschlag pervertiert das System der sozialen Sicherung eines Mindestlebensstandards. Das Prinzip ist, dass jeder Einzelne sich erst einmal selbst anstrengt, um einen angemessenen Lebensstandard zu erzielen, und öffentlichen Unterstützungsleistungen nur erhält, wenn das erzielte Markteinkommen für einen Mindestlebensstandard nicht ausreicht. Durch höhere Hinzuverdienstgrenzen wird die Bedürftigkeitsorientierung aufgegeben. Die Arbeitsanreize werden verzerrt, zu Lasten der Beschäftigten im mittleren Einkommensbereich.

Dr. Roland Döhrn Leiter des Kompetenzbereichs „Wachstum und Konjunktur“, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Die bisherige Hartz-IV-Regelung stellt nicht die erforderliche „Brücke“ in den regulären Arbeitsmarkt dar. In dieser Hinsicht könnte eine großzügigere mit steigenden Anrechnungsbeträgen hilfreich sein.

Dr. Holger Schmieding Chefvolkswirt, Bank of America:

Es gibt dadurch mehr Anreiz zur Aufnahme einer Arbeit.

Stefan Maly Analyst, Cortal Consors S. A.:

Damit steigt der Anreiz für Transferempfänger, sich aktiv nach Arbeit umzusehen und diese auch anzunehmen. Die Chance auf die Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt sollte damit steigen.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Die geringen Hinzuverdienstmöglichkeiten haben sich als größtes Hemmnis erwiesen, wenn es darum geht, Empfänger des Arbeitslosengelds II wieder in eine Festanstellung zu bringen!

Dr. Volker Treier Chefvolkswirt, DIHK:

Die Hinzuverdienstgrenzen sollten gemäß der oben geschilderten Regelung angehoben werden, aber nicht pauschal. Um die Anreize zur Aufnahme einer Vollzeittätigkeit zu steigern, sollten die ersten 200 Euro vollständig auf den Transfer angerechnet werden. Im Gegenzug können dann höhere Freibeträge bei höheren Einkommen gelten. Das derzeitige System führt dazu, dass vielfach zum ALG II nur eine geringfügige Beschäftigung ausgeübt wird. Das ALG II wird durch einen geringen Hinzuverdienst aufgestockt, statt geringe Einkommen aus vollzeit(naher) Tätigkeit durch staatliche Transfers aufzustocken.



Prof. Dr. Ansgar Belke Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Eine Anhebung der Hinzuverdienstgrenzen bei Hartz IV würde dafür sorgen, dass das Arbeitslosengeld zunehmend zu einem Kombilohnmodell ausgeweitet wird. Dies würde nicht nur die Anreize zur Aufnahme einer regulären Beschäftigung verringern; es könnte auch dazu führen, dass reguläre Arbeitsverhältnisse im Niedriglohnsektor aufgegeben werden, um stattdessen Hartz IV plus Hinzuverdienst zu erhalten.

Prof. Dr. Peter Oberender ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

Auf diese Weise wird es für Hartz-IV-Empfänger wieder attraktiver zu arbeiten.

Prof. Dr. Friedrich Breyer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialpolitik, Universität Konstanz:

Die momentanen Regelungen sind eine Einladung zur Schwarzarbeit, die Anreize, eine offizielle Arbeit anzunehmen, müssen deutlich gestärkt werden.

Prof. Dr. Spiridon Paraskewopoulos Lehrstuhl für Makroökonomik und Leiter des Instituts für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Leipzig:

Eine solche Regelung wird wahrscheinlich die Arbeitsanreize der Hartz-IV-Empfänger und die Konsumgüter- sowie die Arbeitskräftenachfrage erhöhen. Wachstumseffekte sind wahrscheinlich.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Die Arbeitsanreize sollten erhöht werden.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Es sollte einen spürbaren Anreiz für Hartz-IV-Empfänger geben, wieder in den ersten Arbeitsmarkt zurück zu kommen. Und dazu bedarf es unbequemer Grenzen.

FRAGE

Die EU hat den Weg für Verhandlungen über die Lebensmittelsicherheit mit der Türkei frei gemacht. Damit ist das Land einem möglichen EU-Beitritt einen weiteren Schritt nähergekommen. Die CSU will das verhindern. Wäre der EU-Beitritt der Türkei aus volkswirtschaftlicher Sicht wünschenswert?

Dr. Hans-Joachim Haß Abteilungsleiter Wirtschaftspolitik, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.:

Den wirtschaftlichen Austausch so weit wie möglich zu intensivieren, ist sinnvoll. Beitritt dagegen weniger, aber eher aus kulturellen Gründen.

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Ist wohl eher eine politische Entscheidung!

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Eine Erweiterung bedeutet eine Vergrößerung des gemeinsamen Wirtschaftsraums.



Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Viel wichtiger als die volkswirtschaftlichen Aspekte ist der geopolitische Imperativ einer Anbindung der Türkei an Europa.

Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Volkswirtschaftliche Argumente für einen Beitritt gibt es wenige, weil fast alle Elemente der - natürlich wünschenswerten - ökonomischen Integration ohne Vollmitgliedschaft realisierbar sind (Ausnahme Währungsunion, aber auch hier lässt sich ein Festkurssystem vorstellen, das einer Euro-Mitgliedschaft nahe käme). Am Ende ist die Frage einer Vollmitgliedschaft daher rein politischer Natur.

Mathias Brehe Referent Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Auch hier scheint eine Abweichung zwischen ökonomischer und politischer Vernunft gegeben zu sein.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Wir haben schon Probleme genug. Die Türkei wäre ein weiterer, riesiger Subventionsempfänger und würde zudem als großes Land maßgeblich bei der Geldverteilung mitbestimmen. Die daraus erwachsenden Konflikte könnten die EU sogar zerstören.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Hier rangieren übergeordnete kulturelle Aspekte vor volkswirtschaftlichen.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Die Türkei ist eine wichtige Brücke zum Mittleren Osten, der wirtschaftlich und politisch für uns von zentraler Bedeutung ist.

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt Präsident, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI):

Statt die EU ständig zu erweitern und damit die wirtschaftlichen und sozialen Divergenzen zu vergrößern, sollte zunächst die Tiefe der Integration im Vordergrund stehen. Derzeit würde eine Vollmitgliedschaft darüber hinaus auch aus Sicht der Türkei wenig Sinn machen, weil sie erhebliche Anpassungslasten tragen müsste. Übergangsregelungen für die Türkei (wie die Zollunion) sollte diese nicht als Zurücksetzung, sondern als Chance sehen.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Die EU-27 hat jetzt schon große Probleme wegen der enormen Unterschiede im Entwicklungsniveau der Mitgliedstaaten. Ein Beitritt der Türkei würde alles noch schwieriger machen, weil der größte Teil des ohnehin sehr großen Landes (auf asiatischem Gebiet) sehr unterentwickelt ist; die europäischen Strukturfonds wären überfordert.



Dr. Roland Döhrn Leiter des Kompetenzbereichs „Wachstum und Konjunktur“, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Ich denke, dass ständige Erweiterungen der EU, die die wirtschaftlichen und sozialen Divergenzen vergrößern, ein Irrweg sind und im Widerspruch stehen zu der Tiefe der Integration. Ich fürchte auch, dass die Türkei von einer Vollmitgliedschaft in der EU nicht profitieren würde. Entweder benötigt sie bei der Übernahmen der EU-Regeln extrem lange Übergangsfristen, oder aber sie muss erhebliche Anpassungslasten tragen. Vor diesem Grund sollte die Türkei Übergangsarrangements (derzeit Zollunion) nicht als Zurücksetzung empfinden, sondern als Chance.

Prof. Dr. Robert Schwager Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Georg-August-Universität Göttingen:

Da die Türkei arm und groß ist, wird ihr Beitritt den Weg Europas in eine Sozial- und Transferunion bremsen.

Dr. Holger Schmieding Chefvolkswirt, Bank of America:

Dies ist eher eine politische Frage.

Stefan Maly Analyst, Cortal Consors S. A.:

Die Beispiele der Schweiz und Norwegens zeigen, dass enge Handelsbeziehungen und Freihandel auch ohne einen Beitritt zur EU möglich sind. Damit die wohlstandsmehrende Wirkung, die durch den Wegfall von Handelsschranken eintritt, in betroffenen Ländern erreicht wird, sind vertragliche Regelungen ausreichend.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

... grundsätzlich ja, allerdings sind die Verhandlungen noch nicht so weit; die Türkei brächte künftiges Wachstumspotenzial in die alternde EU; allerdings geht es in diesem Fall nicht nur um die ökonomische Sicht der Dinge.

Prof. Dr. Ansgar Belke Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Bedenkt man, dass mit diesen Schritt erst 13 der insgesamt 35 Kapitel der EU-Beitrittsverhandlungen geöffnet sind, ist es gegenwärtig rein hypothetisch, über einen baldigen EU-Beitritt der Türkei zu spekulieren. Sie ist schon lange Kandidat. Ein Beitritt an sich wäre ökonomisch im Hinblick u.a. auf die günstige Bevölkerungsstruktur der Türkei und der noch hohen durch Bildungsinvestitionen erzielbaren zusätzlichen volkswirtschaftlichen Erträge durchaus vorteilhaft. Es würden sich Wohlfahrtsgewinne durch die Integration von hinsichtlich der Ressourcenausstattung unterschiedlichen Volkswirtschaften ergeben (freier Handel von Dienstleistungen und Mobilität des Faktors Arbeit). Zu bedenken ist zudem, dass die Türkei auch andere Integrationsalternativen hat (in Richtung Russland oder islamische Welt) und die Zeit läuft.

Prof. Dr. Spiridon Paraskewopoulos Lehrstuhl für Makroökonomik und Leiter des Instituts für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Leipzig:

Eine erfolgreiche Integration der Türkei in der EU würde für beide Seiten Vorteile mit sich bringen. Ein Gewinn für die EU ist die einzigartige geopolitische Lage der Türkei. Sie hat den Vorteil, gleichzeitig europäisches und asiatisches Land zu sein und damit an der Schnittstelle von Balkan, Nahem Osten und Zentralasien stabilisierend wirken zu können. Nicht zuletzt würde die Integration der Türkei außer der erwarteten Erweiterung der Absatzmärkte auch erhebliche Vorteile im Hinblick auf die Energieversorgung und Energiesicherheit der EU vorwiegend als Energie-Transit Land mit sich bringen.



Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Aber zunächst sind die Kriterien zu erfüllen (politische, wirtschaftliche, soziale).

Dr. Manfred Schwaren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Unter rein volkswirtschaftlicher Betrachtung braucht die EU die Türkei nicht als Vollmitglied. Eine politische Lösung wird sich aber wahrscheinlich nicht verhindern lassen.